

## Aufatmen in verkehrsgeplagter Nöttinger Ortsmitte

### Landtag hilft Petition gegen dritten Abschnitt der Nöttinger Ortsteilverbindungsstraße nicht ab

**Remchingen-Nöttingen** (zac). Vom Wilferdinger Niemandenberg her schlängelt sie sich unterhalb von Darmsbach ins Nöttinger Industriegebiet und hört plötzlich auf: Der Weiterbau des dritten und eigentlichen Teils der Ortsteilverbindungsstraße westlich um Nöttingen herum, die den Durchgangs- und Schwerlastverkehr aus der Ortsdurchfahrt herausnehmen und dort endlich für Ruhe sorgen soll, liegt seit Mai 2017 wegen einer beim Landtag eingereichten Petition auf Eis. Nach unerwartet langer Beratungsdauer hat der Landtag nun auf Empfehlung des Petitionsausschusses beschlossen, der Petition nicht abzuweichen. Dem für den Weiterbau entscheidenden Landeszuschuss in Höhe von 2,8 Millionen Euro für den insgesamt sechs Millionen Euro teuren dritten Trassenteil steht also nichts mehr im Wege.

„Diese Entscheidung schafft die gewünschte Klarheit in der Frage, ob unsere Straße notwendig ist. Die Antwort ist eindeutig ja“, erklärte Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon, der die schon damals fast fertigen und baurechtlich genehmigten Pläne nun wieder aus der Schublade holen kann und noch 2019 auf einen Weiterbau hofft: „Die lange Zeit des Wartens ist zwar aufreibend und wird die Kosten vermutlich steigern, aber wir können beruhigt festhalten, dass alle denkbaren Aspekte nochmals überprüft wurden – extern, unabhängig und kritisch.“ Die Petition sei ein legitimes demokratisches Mittel, aber mit der Entscheidung sei ein Schlusspunkt unter die Debatte gesetzt, dessen Akzeptanz er erwarte. Auch der jüngst verabschiedete Lärmaktionsplan habe die Dringlichkeit gezeigt, die Anwohner gegen gesundheitsgefährdende Lärmwerte an der Karlsbader Straße zu schützen. Parallel wolle sich der Gemeinderat gleich im Februar mit der Umgestaltung der Ortsdurchfahrt und Einleitung eines Sanierungsgebiets befassen.

„Ob wir nun weitere Schritte gehen, wissen wir noch nicht“, reagierte Norman Bellert, einer von fünf Unterzeichnern der Petition, auf die Entscheidung. „Jedenfalls sind wir weiterhin der Auffassung, dass die Landesförderung weder rechts- noch zweckmäßig ist. Dadurch, dass die Entscheidung lange dauerte, fühlen wir uns darin ein Stück weit bestätigt.“ Denn reine Ortsumfahrungen – als solche sieht die Interessensgemeinschaft um die Unterzeichner das Projekt – seien nach den Vorschriften im „Förderprogramm für den Kommunalen Straßenbau“ nicht förderfähig. Zudem erzeuge dieses Projekt keine nachhaltige Mobilität ohne Einschränkung anderer Menschen und eines funktionsfähigen Naturhaushalts: „Der Nutzen steht hinsichtlich der Zerstörung von Biotopen, einem unverhältnismäßigen Flächenverbrauch und falscher Prognosen bei der tatsächlichen Verkehrsentlastung in keinem Verhältnis zum Schaden“, fasst Bellert, der nahe der geplanten Trasse wohnt, den Inhalt der Petition zusammen. Es gebe Alternativen, ohne den Verkehrs- und Lärmdruck auf andere zu verlagern.

Die Ablehnung begründet der Petitionsausschuss damit, dass die Umgehung Nöttingen förderfähig sei und es Angelegenheit der Gemeinde sei, zu entscheiden, ob und für welche Lösung sie eine Landesförderung beantrage. „Aus dem Vorbringen der Petenten ist zu schließen, dass die Realisierung der Umgehung verhindert werden soll. Dementsprechend richten sich die Argumente primär gegen das Vorhaben selbst“, heißt es in der Drucksache, die die Grünen-Landtagsabgeordnete Stefanie Seemann auf Anfrage zur Verfügung gestellt hat. Die Prüfung der Zweckmäßigkeit obliege nicht dem Land, sie sei nicht im

Förderverfahren, sondern im Bebauungsplanverfahren nachzuweisen. Gegen Bebauungspläne sei jedoch ein Antrag auf Normenkontrolle beim Verwaltungsgerichtshof möglich.

„Der Bau von Umgehungsstraßen muss grundsätzlich sehr sorgfältig geprüft werden und sollte möglichst von der gesamten Einwohnerschaft getragen werden. Sie bedeuten Flächenversiegelung und ziehen oftmals mehr Verkehr an, als dass sie ihn vermeiden. Dass es in Remchingen eine breite Debatte zu diesem Thema gibt, halte ich im Sinne der Demokratie und der Qualität der Entscheidungsfindung sehr gut“, kommentierte Seemann, die Mitglied im Ausschuss ist, aber selbst nicht Bearbeiterin dieser Petition war.

„Man kann den Verkehr auch gut verteilen – dann hat jeder was davon und es ist gerecht“, verdeutlichte Heike Ratz als Anwohnerin der Ortsdurchfahrt. Ihre lärmgeplagten Nachbarn, die durch den Landtagsbeschluss aufatmen konnten, hätten schon erste Risse an den Häusern. Gleichzeitig komme es auf dem Weg zu Kindergarten, Schule oder Gemeindehaus schnell zu gefährlichen Situationen. Selbst nach der Einführung von Tempo 30 vor einem Jahr: „Daran halten sich die wenigsten, viele beschleunigen am Ortsausgang. Aber jetzt sitzen wir es noch voll aus.“ Das sei die beste Nachricht des Tages, freute sich auch Anwohner Manfred Vollmar, als er durch den Pforzheimer Kurier von der Entscheidung erfahren hatte, „Unser Ortskern ist sowas von verstopft, man hat keine Chance zu parken und es ist kaum auszuhalten. Jetzt können wir hoffentlich bald wieder beruhigt schlafen.“



VIEL VERKEHR gibt es in der Nöttinger Ortsdurchfahrt. Durch die Entscheidung des Petitionsausschusses hoffen die Anwohner auf eine baldige Entlastung durch den Weiterbau der Ortsteilverbindungsstraße. Foto: Zachmann

*[Artikel aus Pforzheimer Kurier, 01.02.2019]*